

Kanzlei – Info 05/2003

Rechtsanwalt Hans Jürgen Kotz

Fachanwalt für Arbeitsrecht

Siegener Straße 104 ~ 57223 Kreuztal

Telefon: 02732/791079 ~ Telefax: 02732/791078

Homepage: <http://www.ra-kotz.de> ~ E-Mail: info@ra-kotz.de

Rundschreiben i.S.d. BGH-Urteil vom 15.03.2001 – Az.: I ZR 337/98 – vgl. hierzu: <http://www.ra-kotz.de/anwaltswerbung2.htm>

Trotz gewissenhafter Bearbeitung aller Beiträge kann eine Haftung für deren Inhalt leider nicht übernommen werden!

Verfasser: Christian Kotz, Ref. iur., Doktorand der Rechtswissenschaften

In diesem Monat erläutere ich Ihnen:

- Rauchen am Arbeitsplatz! (auf Seite 1 ff.)
- Europaweite Vollstreckung von Geldbußen für Ordnungswidrigkeiten! (auf Seite 3)
- Die neue Düsseldorfer Tabelle tritt zum 01.07.2003 in Kraft! (auf Seite 3)
- Lkw-Maut ab 31.08.2003 – 12,4 Cent pro gefahrenen Autobahnkilometer (auf Seite 5)
- Interessante Urteile – kurz notiert (auf Seite 5 ff.)
- Kurioses zum Schluss (auf Seite 10)

Juristischer Spruch o.ä. zum Einstieg:

Wer keine Ungerechtigkeit vertragen kann, gelangt selten zu Ansehen in der Gegenwart;
und wer es kann, verliert den Charakter für die Zukunft.

(Johann Gottfried Seume – Dichter und Aufklärer - 1763-1810)

Rauchen am Arbeitsplatz!

I. Einleitung:

a. Es gibt kaum ein Thema, dass am Arbeitsplatz unter Arbeitnehmern mehr diskutiert wird, als das Rauchen. Häufig berufen sich die Raucher und die Nichtraucher hierbei auf Ihre Grundrechte. Die Nichtraucher bestehen auf ihr Recht auf körperliche Unversehrtheit, die Raucher hingegen auf ihr Recht auf freie Persönlichkeitsentfaltung.

b. Rechtlich ist dieser Konflikt nun endgültig gegen die Raucher entschieden worden. In öffentlichen Gebäuden gilt seit 1995 das sog. „Tabak-Gesetz“. Dieses Gesetz spricht für öffentliche Räume (*hierunter fallen: Räume für Unterrichts- und Fortbildungszwecke, Räume für Verhandlungszwecke sowie Räume für schulportliche Betätigung*) ein generelles Rauchverbot aus.

Am 27.09.2002 ist mit dem Inkrafttreten der neuen Betriebssicherheitsverordnung auch die neue Arbeitsstättenverordnung (kurz: ArbStättV) in Kraft getreten. Diese ist um einen „Nichtraucherschutzparagrafen“, den § 3a ArbStättV, erweitert worden. Die alte Regelung des § 32 ArbStättV wurde aufgehoben.

§ 3a ArbStättV - Nichtraucherchutz - lautet wie folgt:

(1) Der Arbeitgeber hat die erforderlichen Maßnahmen zu treffen, damit die nichtrauchenden Beschäftigten in Arbeitsstätten wirksam vor den Gesundheitsgefahren durch Tabakrauch geschützt sind.

(2) In Arbeitsstätten mit Publikumsverkehr hat der Arbeitgeber Schutzmaßnahmen nach Abs. 1 nur insoweit zu treffen, als die Natur des Betriebes und die Art der Beschäftigung es zulassen.

Einschränkungen von § 3a ArbStättV gelten insoweit für Gaststätten, Restaurants und andere Betriebe des Publikumsverkehrs.

Durch § 3a ArbStättV wird erstmals eine ausdrückliche, nicht auf Pausenräume beschränkte Regelung des Schutzes der nichtrauchenden Beschäftigten für alle Arbeitsstätten getroffen. Der Arbeitgeber ist nach § 3a ArbStättV verpflichtet, wirksame Schutzmaßnahmen (z.B. technische oder organisatorische Maßnahmen) zugunsten der nichtrauchenden Beschäftigten zu treffen. Laut Umfragen ist in über 80 Prozent der deutschen Betriebe das Rauchen grundsätzlich erlaubt. Eine Betriebsvereinbarung über Rauchverbote am Arbeitsplatz gibt es etwa in jedem zehnten Betrieb.

II. Erlass eines Rauchverbots im Betrieb – Wann ist es zulässig?

Ein Rauchverbot zum Schutz der Nichtraucher kann der Arbeitgeber nur unter Beachtung der Mitbestimmung des Betriebsrats (soweit vorhanden) für alle Betriebsräume erlassen, soweit nicht in Ausnahmefällen höherrangige Rechtsnormen oder behördliche Auflagen unmittelbar ein Rauchverbot fordern.

Der Arbeitgeber und der Betriebsrat sind allerdings nicht befugt, ein Rauchverbot mit der Zielsetzung zu vereinbaren, Arbeitnehmer von gesundheitsschädlichen Gewohnheiten abzubringen, weil sie damit ihre Regelungskompetenz überschreiten würden (vgl. hierzu *Bundesarbeitsgericht [= BAG] – Az.: 1 AZR 499/98 - Urteil vom 19.01.1999*). Denn in den Zuständigkeitsbereich des Betriebsrats fällt nicht die Erziehung des Rauchers zum Nichtraucher, sondern der Schutz der nichtrauchenden Arbeitnehmer vor gesundheitlichen Gefährdungen und Belästigungen durch Passivrauchen.

Auch ein generelles Rauchverbot im Freien kann nicht mit dem Gesundheitsschutz der Nichtraucher begründet werden. Eine solche Betriebsvereinbarung wäre daher unwirksam.

Bei der Vereinbarung eines Rauchverbots muss der Arbeitgeber und der Betriebsrat die gem. § 75 Abs. 2 BetrVG (= *Betriebsverfassungsgesetz*) i.V.m. Art. 2 GG (= *Grundgesetz*) garantierte freie Entfaltung der Persönlichkeit aller im Betrieb beschäftigten Arbeitnehmer, also sowohl der Raucher als auch der Nichtraucher, beachten. Denn das Bundesarbeitsgericht hat ein Recht des Rauchers, im Betrieb dem Rauchen nachzugehen, ausdrücklich anerkannt. In dem vom Bundesarbeitsgericht entschiedenen Fall bestand auf einem Freigelände des Betriebes eine Rauchmöglichkeit, die unterbunden werden sollte.

Zu beachten ist deshalb, dass zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer ein vollständiges Rauchverbot auf dem gesamten Betriebsgelände nicht vereinbart werden kann. Ein solches würde die freie Entfaltung der Persönlichkeit der Raucher gem. Art. 2 Abs. 1 GG verletzen und wäre unwirksam. Daher sollte der Arbeitgeber im Zweifel den Rauchern eine „Rauchgelegenheit“ bzw. „Raucherzimmer“ zur Verfügung stellen, so dass Belästigungen und Passivrauchen der Nichtraucher vermieden werden.

III. Ein Formulierungsbeispiel für die Vereinbarung eines Rauchverbots wäre z.B.:

„In den Räumen, in denen Nichtraucher und Raucher ihren Arbeitsplatz haben, ist im Interesse des Gesundheitsschutzes der nicht rauchenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter das Rauchen nur gestattet, wenn alle in den betreffenden Räumen untergebrachten Nichtraucher damit einverstanden sind.“

IV. Rauchen trotz Rauchverbots – ist diesbezügliche Kündigung rechtmäßig?

Ja! Eine verhaltensbedingte Kündigung kann sozial gerechtfertigt sein, wenn ein Arbeitnehmer trotz wiederholter Abmahnungen erneut gegen ein im Betrieb zwingend vorgeschriebenes Rauchverbot verstößt (vgl. Landesarbeitsgericht Düsseldorf – Az.: 16 SA 346/97 – Urteil vom 17.06.1997).

V. Hat ein Arbeitnehmer einen Anspruch auf einen tabakrauchfreien Arbeitsplatz?

Ja! Dieser Anspruch kann sich neben dem neuen § 3a ArbStättV auch aus § 618 Abs. 1 BGB ergeben (vgl. Bundesarbeitsgericht – Az.: 9 AZR 84/97 – Urteil vom 17.02.1998).

Ferner sind Arbeitgeber aus Ihrer Fürsorgepflicht für den Arbeitnehmer verpflichtet, diesem einen rauchfreien Arbeitsplatz zur Verfügung zu stellen. Wer keinen Zigarettenrauch am Arbeitsplatz ertragen will, darf daher auch nicht in seiner beruflichen Entwicklung benachteiligt werden (so das Arbeitsgericht Frankfurt - Az.: 6 BV 167/01).

VI. Zum Abschluss noch ein Zitat von Zino Davidoff als „Denkanstoß“:

„Wir als Aficionados sollten uns selbst als verständige Menschen begreifen. Nur so ist es möglich, etwas an den Vorurteilen vieler Menschen zu ändern und dafür zu sorgen, dass die wachsende Zahl der Zigarrenfreunde positiv aufgenommen wird. Dieses Ziel vor Augen, lohnt es stets, auf Mitmenschen zuzugehen.“

Zino Davidoff – Zigarrenfabrikant und Unternehmer - (1906-1994)

Aus der Politik etc.:**I. Europaweite Vollstreckung von Geldbußen für Straftaten und Ordnungswidrigkeiten!**

Die Justizminister der EU-Mitgliedsstaaten haben am 08.05.2003 beschlossen, dass künftig alle von einem Mitgliedsstaat verhängten Geldstrafen und Geldbußen bei allen Formen von Straftaten und Ordnungswidrigkeiten grundsätzlich europaweit gegenseitig anerkannt und vollstreckt werden. Diese Regelung muss jedoch noch in nationales Recht umgesetzt werden.

Diese aus 39 Straf- und Ordnungswidrigkeitstatbeständen bestehende Regelung soll für Geldbußen von 70 € und mehr gelten. Zahlt z.B. ein Verkehrssünder den geforderten Betrag nicht, so droht ihm ersatzweise eine Freiheitsstrafe. Jeder EU-Mitgliedsstaat soll dabei das jeweilige Strafmaß selbst festlegen können. Sofern die ausländische Entscheidung in einem Verfahren ergangen ist, welches Grundrechte oder rechtsstaatliche Prinzipien verletzt, kann das Heimatland eines Betroffenen die grenzüberschreitende Vollstreckung verweigern.

Anmerkung: Nunmehr sind die Tage gezählt, in denen man in manchen EU-Ländern ungestraft eine Verkehrsordnungswidrigkeit begehen konnte.

II. Die neue Düsseldorfer Tabelle tritt ab 01.07.2003 in Kraft!

1. Allgemeines: Die von den Familiensenaten des Oberlandesgerichts Düsseldorf herausgegebene Tabelle dient bundesweit als Orientierung bei der Festlegung von Kindes- und Elternunterhalt.

a. Die Regelbeträge werden um knapp 6 % erhöht. In den neuen Bundesländern beginnt die Tabelle mit geringeren Regelbeträgen, die rund 92 % der Regelbeträge der westlichen Bundesländer ausmachen.

Deshalb werden hier der Düsseldorfer Tabelle zwei niedrigere Einkommensgruppen vorgeschaltet (sog. Berliner Tabelle). Bei steigendem Einkommen wachsen die Regelbeträge prozentual (vgl. neue Düsseldorfer Tabelle unten unter 2).

b. Der Studentenunterhalt bleibt unverändert bei 600 €.

c. Der Selbstbehalt des barunterhaltspflichtigen Elternteils (840 € bei *Erwerbstätigkeit* - sonst 730 €) gegenüber minderjährigen Kindern und gegenüber 18-20 jährigen Schülern, die im Elternhaus leben, bleibt unverändert.

Auch bleibt der Selbstbehalt (1.000 €) gegenüber volljährigen Kindern, die nicht mehr die Schule besuchen oder nicht mehr bei den Eltern wohnen unverändert.

d. Der Selbstbehalt des Kindes, das seinen bedürftigen Eltern (z.B. Kosten für Altersheim, Pflegefall etc.) Unterhalt zahlen muss, beträgt monatlich mindestens 1.250 € (einschließlich 440 € Warmmiete) zzgl. der Hälfte des darüber hinausgehenden Einkommens. Für den anderen Ehegatten verbleiben ihm mindestens 950 € (einschließlich 330 € Warmmiete) nach dem sog. Halbteilungsgrundsatz.

e. Der Bedarf der Mutter und des Vaters eines nichtehelichen Kindes (gem. § 1615 I Abs. 1, 2, 5 BGB), richtet sich nach der Lebensstellung des betreuenden Elternteils, in der Regel mindestens 730 €, bei *Erwerbstätigkeit* 840 €. Angemessener Selbstbehalt gegenüber der Mutter und dem Vater eines nichtehelichen Kindes (gem. §§ 1615 I Abs. 3 Satz 1, 5, 1603 Abs. 1 BGB), mindestens monatlich 1.000 €.

2. Neue Düsseldorfer Tabelle zum 01.07.2003:

	Nettoeinkommen des Barunterhalts- pflichtigen	Altersstufen in Jahren (§ 1612 a Abs. 3 BGB)				Vomhundertsatz	Bedarfskontrollbetrag
		0 - 5	6 - 11	12 - 17	ab 18		
		Alle Beträge in Euro (€)					
1.	bis 1.300	199	241	284	327	100	730/840
2.	1.300 – 1.500	213	258	304	350	107	900
3.	1.500 – 1.700	227	275	324	373	114	950
4.	1.700 – 1.900	241	292	344	396	121	1.000
5.	1.900 – 2.100	255	309	364	419	128	1.050
6.	2.100 – 2.300	269	326	384	442	135	1.100
7.	2.300 – 2.500	283	343	404	465	142	1.150
8.	2.500 – 2.800	299	362	426	491	150	1.200
9.	2.800 – 3.200	319	386	455	524	160	1.300
10.	3.200 – 3.600	339	410	483	556	170	1.400
11.	3.600 – 4.000	359	434	512	589	180	1.500
12.	4.000 – 4.400	379	458	540	622	190	1.600
13.	4.400 – 4.800	398	482	568	654	200	1.700
	über 4.800	nach den Umständen des Falles					

Die vollständige neue Düsseldorfer Tabelle mit Erläuterungen und Anlagen finden Sie auf meiner Homepage unter: <http://www.ra-kotz.de/duessel4.htm>

III. Lkw-Maut ab 31.08.2003 - 12,4 Cent pro gefahrener Autobahnkilometer!

Der Vermittlungsausschuss von Bundestag und Bundesrat haben am 21.05.2003 einen Kompromiss zur Lkw-Maut beschlossen. Ab 31.08.2003 sollen statt 15 Cent pro gefahrenen Autobahnkilometer lediglich 12,4 Cent anfallen. Ziel der Lkw-Maut soll die verursachergerechte Anlastung der Wegekosten auf Autobahnen sowie ein Systemwechsel - weg von der reinen Steuerfinanzierung - hin zu einer ergänzenden Nutzerfinanzierung sein. Die neue Mautregelung gilt auch für ausländische Lkws.

Interessante Urteile – Kurz notiert!**I. Autofahrer dürfen während der Autofahrt keine SMS oder Handynotizen lesen!
OLG Hamm – Az.: 2 Ss OWi 1005/02 – Beschluss vom 25.11.2002 – rechtskräftig!**

Leitsatz (vom Verfasser – nicht amtlich): Das Verbot des § 23 Abs. 1 a StVO, nach dem ein Mobiltelefon während der Autofahrt (gilt natürlich auch für Motorräder, Fahrräder u.ä.) nicht benutzt werden darf, gilt nicht nur für das Telefonieren, sondern auch für alle anderen erdenklichen Nutzungsarten!

Sachverhalt: Ein Autofahrer war wegen des Lesens einer zuvor ins Handy gespeicherten Notiz während der Autofahrt zu einem Bußgeld von 30 € verurteilt worden.

Entscheidungsgründe: Nach Auslegung des Gerichts ist nach § 23 Abs. 1 a StVO jegliche Benutzung eines Mobiltelefons während der Autofahrt durch den Fahrer untersagt. Die Vorschrift nimmt insoweit nämlich keine Differenzierung hinsichtlich der Benutzung des Mobilfunktelefons vor. Zulässig ist deshalb die Benutzung eines Mobilfunktelefons während einer Fahrt nur, soweit dies mit Hilfe einer Freisprechanlage geschieht. Bei einer anderen Art der Benutzung hat der Fahrzeugführer nicht beide Hände für die Fahraufgabe frei, wodurch erhebliche Gefahren im Straßenverkehr entstehen können.

Den Beschluss finden Sie auf meiner Homepage unter: <http://www.ra-kotz.de/handybenutzung.htm>

**II. Bestattungskosten für Kinder/Eltern müssen auch bei schlechtem Verhältnis bezahlt werden!
Oberverwaltungsgericht Niedersachsen – Az.: 8 ME 76/03 - Beschluss vom 19.05.2003**

Leitsatz (vom Verfasser – nicht amtlich): Nahe Verwandte müssen die Kosten für die Beerdigung eines Angehörigen immer übernehmen. Dies gilt auch dann, wenn das Verhältnis zu dem Verstorbenen zerrüttet war.

Sachverhalt: Eine Mutter wollte die Kosten für die Bestattung ihres Sohnes nicht übernehmen. Die Stadt Celle hatte diese in Höhe von ca. 1.000 € verauslagt und verlangte nun von ihr die Erstattung. Die Mutter brachte vor, dass ihr Verhältnis zu ihrem Sohn zerrüttet gewesen sei, weil dieser ihr Anfang der 70er-Jahre 4.000 DM gestohlen habe. Seither habe auch kein Kontakt mehr zu ihm bestanden.

Entscheidungsgründe: Eltern und Kinder sind jeweils immer verpflichtet, im Todesfall für die Bestattung ihrer Kinder bzw. ihrer Eltern zu sorgen, selbst wenn sie nicht zu den Erben gehören. Ein zerrüttetes Verhältnis oder eine Kontaktunterbrechung ändert hieran nichts. Kommen die Eltern bzw. Kinder ihrer Pflicht nicht nach, so sind die jeweiligen Ordnungsbehörden verpflichtet, die Bestattung zu übernehmen. Die für die Bestattung aufgewendeten Kosten kann die Behörde als Aufwendersatz von den Eltern bzw. Kindern verlangen.

III. Der einzelne Bürger hat keinen Anspruch auf Nutzung einzelner Waldwege!
Verwaltungsgericht Koblenz – Az.: 8 L 1003/03 und 8 L 1007/03 – Beschluss vom 16.04.2003

Leitsatz (vom Verfasser – nicht amtlich): Ein Bürger hat keinen Anspruch auf den Zugang zu bestimmten Waldflächen, solange der jeweilige Wald als solcher zugänglich bleibt. Forstbehörden können daher durch gezieltes Zurückbauen von Waldwegen Spaziergänger umleiten.

Sachverhalt: Die Kläger wollten den Erhalt von bestimmten Wanderwegen gegenüber den Forstbehörden erreichen. Das Forstamt hatte sich für einen Rückbau bestimmter Wege entschieden. Begründet wurde dies damit, dass das Wild ungestört äsen müsse, da sonst mit größeren Verbissschäden im Wald zu rechnen sei.

Entscheidungsgründe: Das Verwaltungsgericht wies die Klagen ab, da die beanstandeten Rückbauarbeiten bereits abgeschlossen und die Wege gesperrt seien.

Ferner hat der einzelne Bürger auch kein Recht auf den Zugang zu einer bestimmten Waldfläche. Das grundsätzliche Recht auf Betreten des Waldes vermittelt keinen Anspruch, den Forst auf befestigten Wegen mit Kinderwagen oder Rollstühlen betreten zu können. Eine solche Rechtsposition folgt auch nicht aus Art. 2 Abs. 1 GG (*Anmerkung: Grundrecht auf allgemeine Handlungsfreiheit*).

IV. Hausratsversicherung haftet nicht für Gegenstände in entfernten Garagen!
Bundesgerichtshof – Az.: IV ZR 270/02 - Urteil vom 26.03.2003

Leitsatz (vom Verfasser – nicht amtlich): Eine Hausratsversicherung muss nicht leisten, wenn dem Versicherungsnehmer Sachen aus einer weit von der Wohnung entfernten Garage gestohlen werden.

Sachverhalt: Dem Kläger waren aus einer 1,5 Km von seiner Wohnung entfernten Garage Werkzeug und andere Gegenstände im Wert von 5.000 € entwendet worden.

Entscheidungsgründe: Eine Hausratsversicherung muss nur für Räumlichkeiten haften, die sich „in der Nähe des Versicherungsortes“ befinden. Die Bestimmung hat den Zweck, ein „Minimum an Beobachtungs- und Überwachungsmöglichkeit“ sicher zu stellen. Die Richter des Bundesgerichtshofs wollten in ihrem Urteil jedoch keine generelle Entfernungsgrenze festlegen. Entscheidend sind nach dem Urteil die jeweiligen örtlichen Gegebenheiten und der Einzelfall!

Das Urteil finden Sie auf meiner Homepage unter: <http://www.ra-kotz.de/hausratsversicherung2.htm>

V. vertraglich vereinbartes Baukostenlimit stellt eine feste Obergrenze dar!
Bundesgerichtshof – Az.: VII ZR 395/01 - Urteil vom 13.02.2003

Leitsatz (vom Verfasser – nicht amtlich): Ein zwischen dem Bauherrn und dem Architekt vertraglich vereinbartes Baukostenlimit ist in der Regel als eine feste Baukostenobergrenze anzusehen. Wird dieser Kostenrahmen von dem Architekten wegen mangelhafter Planung überschritten, kann der Bauherr den Vertrag kündigen und bereits geleistete Abschlagszahlungen zurückverlangen.

Sachverhalt: Der Bauherr hatte mit einem Architekten für ein Autohaus eine Baukostenobergrenze von 1,02 Millionen € vereinbart. Der Architekt hielt sich hieran jedoch nicht. Das geplante Objekt hätte den Bauherrn letztendlich 1,41 Millionen € gekostet. Daraufhin kündigte der Bauherr den Vertrag außerordentlich.

Entscheidungsgründe: Ein Kündigungsgrund besteht für den Bauherrn immer dann, wenn sich im Vertrag Anhaltspunkte dafür finden, dass die vereinbarte Bausumme eine strikte Grenze sein soll. Überschreitet der Architekt diese Summe, so ist die Planung mangelhaft und der Bauherr kann den Architektenvertrag aus wichtigem Grund außerordentlich kündigen.

Das Urteil finden Sie auf meiner Homepage unter: <http://www.ra-kotz.de/baukostenlimit.htm>

VI. Mitunterzeichnende Ehefrau ist nicht zwangsläufig Mitdarlehensnehmerin!
Oberlandesgericht Bamberg – Az.: 4 U 204/02 - Urteil vom 31.03.2003

Leitsatz (vom Verfasser – nicht amtlich): Eine Ehefrau, die einen Antrag ihres Ehemanns auf Gewährung eines Darlehens als „Mitantragstellerin“ unterzeichnet, wird hierdurch nicht automatisch zur Mitdarlehensnehmerin. Durch die Unterzeichnung kann vielmehr lediglich ein Schuldbeitritt vorliegen, der wegen krasser finanzieller Überforderung gemäß § 138 Abs. 1 BGB sittenwidrig und damit nichtig sein kann.

Sachverhalt: Eine Ehefrau hatte auf einem bankeigenen Formular als „Mitantragstellerin“ neben ihrem Ehemann als „Darlehensnehmer“ die Gewährung eines Darlehens beantragt. Die Darlehenssumme wurde auf ein Konto des Ehemanns gutgeschrieben. Die Ehefrau hatte für dieses jedoch keine Kontovollmacht. Aufgrund von Tilgungsrückständen hat die Bank den Darlehensvertrag gekündigt und die Restdarlehenssumme gegenüber der Ehefrau geltend gemacht. Diese wandte ein, sie sei von ihrem Mann zur Mitunterzeichnung gedrängt worden. Den Darlehensbetrag habe ihr Ehemann ausschließlich für eigene Zwecke verwendet.

Entscheidungsgründe: Nach Ansicht der Richter des OLG Bamberg wurde die Ehefrau nicht Mitdarlehensnehmerin. Durch die Unterschrift habe lediglich ein Schuldbeitritt vorgelegen. Dieser unterliegt im Gegensatz zur Darlehensnehmerschaft der Prüfung der Sittenwidrigkeit wegen finanzieller Überforderung nach § 138 Abs. 1 BGB. Mitdarlehensnehmer ist in der Regel nur derjenige, der ein eigenes Interesse an der Kreditaufnahme hat und als gleichberechtigter Partner über die Auszahlung sowie die Verwendung der Darlehenssumme mitentscheiden darf. Dies beurteilt sich ausschließlich nach den für die Bank erkennbaren Verhältnissen auf Seiten der Darlehensnehmer. Die Bank hat es daher nicht in der Hand, durch eine im Darlehensvertrag gewählte Formulierung wie „Mitdarlehensnehmer“ oder „Mitantragsteller“ einen bloß Mithaftenden zu einem Mitdarlehensnehmer zu machen. Im vorliegenden Fall konnte die Bank keinen Nachweis des persönlichen Interesses der Ehefrau und der Entscheidungsbefugnis über die ausgezahlte Summe erbringen. Insoweit lag daher lediglich eine Haftungsübernahme vor. Diese war hier jedoch sittenwidrig, da die Ehefrau aufgrund ihrer Vermögens- und Einkommenssituation nicht einmal in der Lage war, die Zinsen aus dem pfändbaren Teil ihres Einkommens und Vermögens dauerhaft zu tragen.

VII. Arbeitnehmer dürfen nicht von Überstunden ausgeschlossen werden!
Landesarbeitsgericht Frankfurt - Az.: 11 Sa 743/02 - Urteil vom 30.01.2003

Leitsatz (vom Verfasser – nicht amtlich): Einzelne Arbeitnehmer dürfen vom Arbeitgeber aufgrund des Gleichbehandlungsgrundsatzes nicht willkürlich von Überstunden ausgeschlossen werden.

Sachverhalt: Der Kläger war längere Zeit krankgeschrieben. Als er wieder Gesund war, erhielt er von seinem Arbeitgeber die Mitteilung, dass er zukünftig keine Überstunden mehr leisten dürfe. Die durchschnittliche Überstundenzahl von ihm und seiner Kollegen lag vor der Krankheit bei 36 Überstunden im Monat.

Entscheidungsgründe: Der Ausschluss von der Möglichkeit Überstunden zu leisten, verstößt gegen das verfassungsrechtliche Gebot der Gleichbehandlung. Der Arbeitgeber hatte keinen „sachlichen Grund“ für den Entzug der Überstunden. Dem Arbeitnehmer wurde durch die Untersagung die Möglichkeit eines zusätzlichen Verdienstes zu Unrecht versagt. Daher musste der Arbeitgeber dem Arbeitnehmer, die möglichen Überstunden nachzahlen.

VIII. 0190-Telefonmehrwertanbieter trägt die Beweislast für erbrachte Leistungen!
Landgericht Nürnberg-Fürth - Az.: 11 S 8162/02 - Urteil vom 27.03.2003

Leitsatz (vom Verfasser – nicht amtlich): Ein Telefonmehrwertanbieter trägt die Beweislast dafür, dass der jeweilige Nutzer mit ihm einen Vertrag über eine entgeltliche Dienstleistung abgeschlossen hat. Dass er diese Dienstleistung erbracht hat und dem Nutzer vor Abschluss des Vertrages das geforderte Entgelt genannt worden ist. Kommt er dieser Beweislast nicht nach, so braucht der Nutzer nicht zu zahlen!

Sachverhalt: Der Kläger begehrte gegenüber einem Telefonmehrwertanbieter die Freistellung hinsichtlich der Gebühren für 34 Verbindungen über eine 0190-Nummer. Der Kläger hatte ein Computerprogramm des Anbieters geladen und installiert. Dieses Programm wählte dann im Hintergrund die 0190-Nummer ohne den Kläger vorher auf der Startseite davor zu warnen. Der Telefonmehrwertanbieter behauptete, dass die Nutzer auf die Kosten hingewiesen würden. Das Amtsgericht Nürnberg-Fürth gab der Klage auf Freistellung statt (Urteil vom 13.06.2002, Az.: 310 C 572/02). Das Landgericht Nürnberg-Fürth bestätigte dieses Urteil.

Entscheidungsgründe: Nach Ansicht der Richter obliegt dem Telefonmehrwertanbieter die Beweispflicht dafür, dass der Kläger über seinen Internetanschluss einen Vertrag über entgeltliche Dienstleistungen mit ihm abgeschlossen hat. Dies gilt trotz der Besonderheit, dass der Telefonmehrwertanbieter für seine erbrachten Leistungen beim Kläger über das Lastschriftverfahren Abbuchungen vornahm. Der Kläger als Internetnutzer braucht auch keine Aufzeichnungen über seine Internetverbindungen zu führen. Wegen der Datenfülle auch bei geringer Nutzung des Internets würde eine solche Aufzeichnungspflicht über Jahre hinweg die Speicherkapazität eines PCs sprengen.

IX. Elternunterhalt – Auskunftsanspruch gegenüber Ehepartner der Geschwister?
Bundesgerichtshof - Az.: XII ZR 229/00 - Urteil vom 07.05.2003

Leitsatz (vom Verfasser – nicht amtlich): Kinder, die allein Unterhalt für ihre Eltern leisten, können zur Vorbereitung eines Ausgleichsanspruchs gegen ihre Geschwister nicht deren Ehegatten auf Auskunft über deren Vermögensverhältnisse verklagen. Zwar sind auch die Einkünfte der Schwägerinnen und Schwager für die Höhe des Ausgleichsanspruches relevant; ein direkter Auskunftsanspruch besteht jedoch allein gegenüber den Geschwistern.

Sachverhalt: Der Kläger zahlt die Pflegeheimkosten seiner Mutter alleine. An diesen Kosten in Höhe von 530 € wollte er seinen Bruder beteiligen. Der Bruder wollte sich jedoch nicht beteiligen und verwies auf sein geringes Einkommen, welches er als Angestellter seiner Ehefrau verdiente. Zur Klärung der tatsächlichen Vermögensverhältnisse machte der Kläger daraufhin Auskunftsansprüche gegenüber seinem Bruder und dessen Frau geltend.

Entscheidungsgründe: Elternunterhalt müssen Kinder gem. § 1606 Abs. 3 BGB lediglich anteilig nach ihren Erwerbs- und Vermögensverhältnissen zahlen. Für die Klärung der wirtschaftlichen Situation der Geschwister ist es notwendig, die Einkommensverhältnisse der Ehegatten festzustellen.

Zwischen den Geschwistern ergibt sich der Anspruch auf Auskunft aus dem zwischen Geschwistern bestehenden Verhältnis. Das Gesetz kennt jedoch keine Unterhaltspflicht für die Schwiegereltern, so dass eine Auskunftspflicht der Ehegatten allenfalls nach § 242 BGB (*Anmerkung: Grundsatz von Treu und Glauben*) besteht. Auch hierfür fordert die Rechtsprechung jedoch ein besonderes Rechtsverhältnis zwischen den Beteiligten, welches in der Regel jedoch nicht besteht. Der Kläger konnte mithin nur von seinem Bruder Auskünfte verlangen.

X. Internetversteigerung: Verkäuferfotos und Beschreibungen müssen stimmen! Landgericht Trier – Az.: 1 S 21/03 - Urteil vom 22.04.2003

Leitsatz (vom Verfasser – nicht amtlich): Stimmen Verkäuferfotos und Beschreibungen bei einer Internetversteigerung nicht mit der Realität überein, so kann der Käufer vom Kaufvertrag zurücktreten. Der Verkäufer kann nicht einwenden, dass ihm der Fehler lediglich aufgrund grober Fahrlässigkeit (= *Außerachtlassung der im Verkehr erforderlichen Sorgfalt in einem besonders groben Maße*) unbekannt geblieben ist.

Sachverhalt: Der Beklagte hatte im Internet bei E eine Puppe zum Verkauf angeboten. Dieses Angebot enthielt eine Beschreibung der Puppe sowie Fotos. Die Klägerin fragte per E-Mail nach, ob es sich um den Originalkörper samt Kopf handele. Der Beklagte bestätigte dies. Daraufhin ersteigerte die Klägerin die Puppe für 755 €. Nach Erhalt der Puppe stellte die Klägerin fest, dass Körper und Kopf nicht zusammen gehörten. Daraufhin trat sie vom Kauf zurück und verlangte die Rückzahlung des Kaufpreises gegen Rückgabe der Puppe.

Entscheidungsgründe: Die Klägerin konnte gem. §§ 437 Nr.2, 323 Abs.1, Abs.2 BGB vom Vertrag zurücktreten, so dass der Beklagte den Kaufpreis zurückerstatten muss. Denn die Puppe war mangelhaft, da sie nicht die vereinbarte Beschaffenheit aufwies.

Anmerkung: Bei einer Versteigerung im Internet kommt zwischen Bieter und Anbieter ein Kaufvertrag i.S.d. § 433 ff. BGB zustande. Der Käufer einer Sache kann gemäß §§ 437 Nr.2, 323 Abs. 1 und Abs. 2 BGB vom Kaufvertrag zurücktreten, wenn die gekaufte Sache mangelhaft ist. Gemäß § 434 Abs. 1 S. 1 BGB ist die Sache frei von Sachmängeln, wenn sie bei Gefahrübergang die (vertraglich) vereinbarte Beschaffenheit hat. **Das Urteil finden Sie auf meiner Homepage unter <http://www.ra-kotz.de/puppe.htm>**

XI. Erkrankung vor Reiseantritt – Stornierung der Reise muss unverzüglich erfolgen! Amtsgericht München - Az: 261 C 35677/01 – Urteil vom 05.06.2003

Leitsatz (vom Verfasser – nicht amtlich): Erkrankt man selbst oder ein Angehöriger unerwartet vor Reiseantritt, so muss die gebuchte Urlaubsreise ohne schuldhaftes Verzögern (*unverzüglich*) gegenüber

dem Reiseveranstalter storniert werden, um von der Reiserücktrittsversicherung die diesbezüglichen Kosten erstattet zu bekommen. Storniert man die Reise nicht unverzüglich, so wird die Reiserücktrittsversicherung von ihrer Leistungspflicht befreit bzw. muss nur noch anteilig leisten.

Sachverhalt: Die Klägerin hatte eine Urlaubsreise wegen einer Lungenentzündung ihres 73-jährigen Vaters storniert. Dieser hatte schon 1 ½ Monate vor Reiseantritt einen Oberschenkelhalsbruch erlitten. Die Klägerin behauptete die Komplikationen seien für sie überraschend gewesen.

Entscheidungsgründe: Der Richter des Amtsgerichts sah dies jedoch anders! Nach seiner Auffassung stellt ein Oberschenkelhalsbruch bereits eine schwere Erkrankung dar, bei der gerade bei älteren Patienten mit Komplikationen gerechnet werden muss. Die Klägerin hätte ihre Urlaubsreise daher schon nach Kenntnis des Oberschenkelhalsbruchs stornieren müssen. Da die Klägerin dies unterlassen hat, traf sie nach Ansicht des Richters ein Mitverschulden. Die Klägerin musste daher 65 % der Kosten der Urlaubsreise selbst tragen!

XII. Krankenkassen müssen Kosten für Taxifahrt zum Arzt nicht erstatten!

Landessozialgericht Brandenburg - Az: L 4 KR 24/00 – Urteil vom 16.04.2003

Leitsatz (vom Verfasser – nicht amtlich): Die Kosten für eine Taxifahrt zum Arzt müssen in der Regel nicht von der Krankenkasse erstattet werden.

Entscheidungsgründe: Das Leistungssystem der gesetzlichen Krankenkassen beruht auf dem Prinzip der Sachleistung. Der Patient nimmt eine Leistung in Anspruch, die dann von der Krankenkasse direkt mit den Erbringern abgerechnet wird. Die Übernahme von Geldern, die durch den Versicherungsnehmer verauslagt wurden, kommt daher nur in Ausnahmefällen des § 13 Abs. 3 SGB V in Betracht. Danach kann der Versicherungsnehmer seine Ausgaben zurückverlangen, wenn die Krankenkasse eine unaufschiebbare Leistung nicht rechtzeitig erbringen konnte oder eine Leistung zu Unrecht abgelehnt wurde. In beiden Fällen muss die Leistung notwendig gewesen sein. Dies ist nach Ansicht des Gerichts nur in sehr seltenen Fällen gerechtfertigt.

Kurioses:

I. Querulanten Auszeichnung: In den USA wird jährlich die frechste Klage ausgezeichnet. Die Auszeichnung heißt „Stella Award“. Benannt nach *Stella Liebeck*, diese Dame hatte sich an einem McDonald's –Kaffeeautomaten verbrüht und mehrere hundert tausend Dollar Schadensersatz erstritten, da sie niemand vor dieser Gefahr gewarnt hatte. Im Jahre 2002 ging dieser Preis an 3 Schwestern, deren Mutter im Krankenhaus einen leichten Schlaganfall erlitt und von den Ärzten wie ein Notfall behandelt wurde, der auf der Intensivstation endete. Aufgrund dieses „traumatischen Erlebnisses“, wollten die Schwestern Schmerzensgeld haben. Die Schmerzensgeldklage wurde in der ersten Instanz abgewiesen, in der zweiten Instanz fanden die Schwestern Gehör und bekamen Schmerzensgeld dem Grunde nach zugesprochen. Der Supreme Court (oberstes amerikanisches Gericht) wies die Klage jedoch dann letztinstanzlich ab.

II. Scheidung nach 4 Tagen Ehe wegen Fremdgehens! Das Amtsgericht Sondershausen hat zwei 21-Jährige nach nur 4 Tagen Ehe wegen „extremen Fremdgehen“ wieder geschieden. Die Ehefrau war nach 4 Tagen Ehe wieder aus der ehelichen Wohnung ausgezogen, weil sie einen neuen Freund hatte. Die Eheleute kannten sich bis zur Eheschließung 6 Monate.